



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 26.03.2012

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

TOP 1

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Weber

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Beck, Forstamt
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Länge, Ordnungsamt TOP 1
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Frau Ludwig, Ordnungsamt TOP 1
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Renner, Amt für Bildung, Betreuung und Sport Bis TOP 2
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Schulsozialarbeit - Einrichtung eines Angebots der Schulsozialarbeit an Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium	18/2012 + 18/2012 - 1
3.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2011	21/2012
4.	Verschiedenes	
4.1.	Schützenfest und Jahrgängerumzug	
4.2.	Grüngutannahmestelle Zell	
4.3.	Zufahrt Gaststätte Serafino	
4.4.	Bürgerfragestunde und Schützendirektion	
4.5.	Entwicklung Kreiskrankenhaus	
4.6.	Zeitpunkt der Einbindung des Jugendparlaments	

Die Mitglieder wurden am 15.03.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 21.03.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Da zahlreiche Bürger anwesend sind und angekündigt war, dass sie Fragen zur Schützenfestregelung stellen werden, trägt OB Fettback vor, man habe im Einklang mit der Schützendirektion einen Vorschlag zum Umgang mit der Consulentengasse den Anwohnern und Wirten vorgestellt. Dabei habe man sich geeinigt, dass es sich um ein Fest für Bürger von Bürgern handle und dass Veranstalter die Schützendirektion sei. Ständchen von Musikgruppen, die nicht zur Schützendirektion gehörten und Massenveranstaltungen wie in der Consulentengasse gehörten jedoch nicht dazu und hier sei die Schützendirektion somit nicht Veranstalter und nicht verantwortlich. Zur Consulentengasse habe man schon viel unternommen, habe aber die Entschärfung der Sicherheitsproblematik nicht erreicht. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Situation auch für Anwohner problematisch sei und dass sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen geändert hätten. So habe die Schwere von Körperverletzungsgesdelikten zugenommen und das Ausgehverhalten habe sich verändert. Ca. gegen 2 Uhr schlage das Fest um. Er spricht von einem "Fest der zwei Gesichter". In Abstimmung mit der Kommission Sicherheit der Schützendirektion habe man sich mit Anwohnern und Wirten Gedanken um die Sicherheit gemacht. Bei diesem ersten Gespräch seien nur zwei Wirte anwesend gewesen. Der Vorschlag an die Wirte zur Ausweisung eines Festgeländes habe Vor- und Nachteile. Danach habe man eine weitere Sitzung mit Wirten abgehalten, die den Vorschlag nicht von vorn herein abgelehnt hätten. Man habe für den 18.04. ein weiteres Gespräch vereinbart.

OB Fettback bittet die anwesenden Bürger, die Fragen haben, ihren Namen zu nennen und wo sie wohnen, da nur Biberacher sich zur Wort melden könnten.

Marius Salai fragt, wer die Situation in der Consulentengasse regle, wenn die Wirte ihre Lokale schlossen und sich dennoch Gäste vor den Lokalen aufhielten.

OB Fettback antwortet, dann wäre wie jetzt auch die Stadt verantwortlich, da es sich um keine offizielle Schützenfestveranstaltung handle. Für die Sicherheit und Ordnung zuständig sei die Untere Polizeibehörde.

Daniela Früchtle aus Mettenberg fragt, wie die Regelung gedacht sei, wenn eine Abzäunung erfolge. Wenn Jugendliche nicht in diesen Bereich kämen, träfen sie sich woanders, beispielsweise auf dem Gigelberg, bei der Jugendkunstschule, der Jugendmusikschule oder an anderen Orten. Das Problem werde sich dann nur verlagern und man werde es weniger unter Kontrolle haben. Sie fragt, ob gewollt sei, den Jugendlichen das Gefühl zu geben, nicht erwünscht zu sein. Sie bringt in diesem Zusammenhang vor, seit Jahren diskutiere man um ein Jugendhaus und nichts tue sich.

OB Fettback verwehrt sich gegen den Vorwurf, für nächtliche Entgleisungen wie Komasaufen verantwortlich zu sein. Nach Auskunft von Experten habe man ein sicherheitsrechtliches Problem aufgrund der Massen und der Enge im Bereich Consulentengasse. Wenn man es gemeinsam schaffe, die Situation zu entzerren, sei klar, dass man anderorts andere Probleme bekommen werde. Man habe jedoch ein Angebot an die Wirte gemacht und wolle nicht einfach absperren, sondern beispielsweise gestatten, auf der konzessionierten Außenfläche eine Außenbewirtung anzubieten. Auch habe man angeregt so abzusperren, dass Einlasskontrollen erfolgten und kein Fremdalkohol eingebracht würde. Wenn man nichts unternahme und etwas passiere, trage allein er die Verantwortung.

Marius Salai fragt, ob bekannt sei, dass ein Großteil der Probleme von Personen ausgehe, die nicht aus Biberach stammten und keinen Bezug zum traditionellen Kinder- und Heimatfest hätten, sondern nur mit der Intention kämen, ohne erkannt zu werden ausgiebig zu feiern und zu trinken.

OB Fettback erwidert, es sei bekannt, dass sich auch junge Menschen an Schützen aufhielten, die Sorgen bereiteten. Er fragt, ob der Schützenbus abgeschafft werden solle, was zu "JA-Rufen" aus dem Publikum führt. OB Fettback gibt zu verstehen, dass man dadurch keine Gewähr habe, dass keine Kampftrinker-Gruppen mehr auf das Schützenfest kämen, da auch Biberacher sich entsprechend benähmen.

Herr Salai bezeichnet den Schützenbus als hervorragende Einrichtung meint aber, es gehe darum, wie weit er fahre. Er spricht sich für eine Eingrenzung auf direkt angrenzende Ortschaften aus.

OB Fettback erwidert, man habe diese Frage in der Kommission Sicherheit ausführlich diskutiert und den Einzugsbereich des Schützenbusses teilweise begrenzt. Ein Vorschlag sei auch, den letzten Schützenbus bereits um 2:30 Uhr fahren zu lassen. Man versuche sich den Problemen anzunähern. Auf einen Einwand einer Frau, dass in Schützenbussen keine Alkoholkontrollen erfolgten gibt OB Fettback zu verstehen, es sei eindeutig untersagt, im Schützenbus Alkohol mit zu führen oder zu konsumieren und es erfolgten auch Kontrollen.

Eine junge Frau fragt, wenn eine Entzerrung gewollt sei, warum dann Clubs wie das Woodpecker nicht länger geöffnet haben dürften. Sie hätten Erfahrung mit Massenveranstaltungen.

OB Fettback erwidert, die Sperrzeit gelte für alle und nicht nur für die Consulengasse. Über eine Entzerrung würde man sich freuen.

Herr Andresen bringt vor, die Bemühungen im Jahr 2004 seien vor dem Verwaltungsgericht gescheitert. Er fragt OB Fettback, woher er die Zuversicht nehme, dass die nun beabsichtigten Regelungen wasserdicht seien.

OB Fettback antwortet, die Rechtsauffassung, dass bislang nichts passiert sei und darum kein Handlungsbedarf bestehe, sei für jeden normal Denkenden schwer vollziehbar. Niemand habe die Gewähr, dass in der Consulengasse nichts passiere.

Herr Andresen trägt vor, das Innenministerium habe der Stadt 2008 ein Gespräch angeboten. Er fragt, ob die Stadt nun bereit sei, sich mit dem Innenministerium rechtzeitig ins Benehmen zu setzen, um die Zulässigkeit der beabsichtigten Maßnahmen zu prüfen.

OB Fettback erklärt sich hierzu bereit, wirft aber die Frage auf, ob Herr Andresen dies wirklich wünsche. Denn dann habe man keine Diskussionsmöglichkeit mehr und keine Möglichkeit, Kompromisse zu fassen, wenn das Innenministerium etwas verordne. Beabsichtigt sei jedoch, gemeinsam etwas zu erreichen und nicht gegeneinander.

Herr Andresen fragt, ob erklärt werden könne, warum immer mit der Rechtskeule vorgegangen und der Vergleich mit Duisburg gezogen werde. Die Consulengasse sei ein Beispiel für friedliche Schützen.

OB Fettback erwidert, mit den Experten der Kommission Sicherheit sei man der Meinung, dass die Consulengasse unter bestimmten Bedingungen ein Gefahrenpotential darstelle.

Herr Andresen fragt, wie dann zu erklären sei, dass die Polizei mehrfach erklärt habe, das Schützenfest sei ruhig und sicher.

OB Fettback erwidert, dies stimmte dann nicht mit den Aussagen der Polizei in der Kommission Sicherheit überein.

Herr Andresen fragt, wie zu erklären sei, dass die Stadt mit ihrer Rechtsauffassung 2004 und 2008 gescheitert sei.

OB Fettback erklärt, dies sei Schnee von gestern.

Herr Andresen fragt weiter, ob man einen Betriebswirt im Rathaus habe, worauf OB Fettback erwidert, diese Frage erschließe sich ihm nicht.

Herr Andresen fragt, ob man durchgerechnet habe, was eine Schließung der Consulentengasse kosten würde.

OB Fettback betont, es handle sich um einen Vorschlag, eine Idee, die man den Wirten vorgetragen habe.

Nachdem Herr Andresen mehrfach Statements abgibt, gibt OB Fettback zu verstehen, er missbrauche die Gemeinderatssitzung zur Meinungsbildung. Dies könne er auf Weberberg.de oder andernorts machen.

Herr Salai bringt vor, ein Ziel des Vorschlags sei die Reduzierung von Trinkgelagen. Gleichzeitig werde den Wirten aber eine Ausdehnung ihrer Ausschankflächen angeboten. Er fragt, wie dies zusammenpasse.

OB Fettback begründet dies mit der beabsichtigten Entzerrung von Engstellen.

Eine Frau fragt, warum dann nicht auch in den Kellern entsprechend agiert werden dürfe, worauf OB Fettback zu verstehen gibt, die gedachte Sperrzeit würde für alle Wirte gelten.

Damit ist die Bürgerfragestunde beendet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 18/2012 zur Beratung vor. Sie wurde am 12. März 2012 im Hauptausschuss vorberaten. Dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 18/2012 – 1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback lässt wissen, das Jugendparlament empfehle entsprechend dem Verwaltungsantrag zu beschließen. Er unterstreicht, dass die Schulleitungen, der Träger der Schulsozialarbeit und die Stadt die Auffassung hätten, der Verwaltungsvorschlag mit zwei 0,75-Stellen wäre für den Anfang richtig. Man müsse allgemeine gesellschaftliche Prozesse zur Kenntnis nehmen, die auch vor den Gymnasien nicht Halt machten. Die Diskussion im Hauptausschuss habe sich daher auch nur um den Umfang und nicht um das Ob von Schulsozialarbeitern an Gymnasien gedreht. Man wolle keine neue Definition von Verantwortlichkeiten. Schulsozialarbeit solle unterstützend und präventiv wirken. Die Empfehlung des Hauptausschusses finde er bei 2100 Schülern zu wenig. Biberach könne es sich leisten, Schulsozialarbeit im entsprechenden Umfang anzubieten. Dann macht er noch auf den Antrag der Grünen aufmerksam, der dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

Entsprechend der Vorgehensweise im Hauptausschuss werde man die Ziffern 1 und 2 getrennt von Ziffer 3 beraten, da kein zwingender Sachzusammenhang bestehe und bei Ziffer 3 verschiedene Mitglieder des Gemeinderats befangen seien.

StR Hagel bezeichnet es als positiv, dass man in der Lage sei, sich Schulsozialarbeit leisten zu können. Jede Schule habe aber eine Vielzahl von Möglichkeiten, auf Probleme zu reagieren. So habe jede Schule eine Leitungsfunktion. Die Lehrer seien entsprechend ausgebildet und jede Schule habe Beratungslehrer mit entsprechender Ausbildung, die teilweise freigestellt seien, um sich Problemen widmen zu können. Auch habe man Verbindungslehrer und könne auf schulpädagogische Beratungsstellen zurückgreifen. Diese Angebote bestünden alle seit vielen Jahren. Wenn der Ruf nach flächendeckender Schulsozialarbeit komme, müsse sich die Gesellschaft auch fragen, warum dieses Angebot erforderlich sei und weshalb man immer mehr Probleme habe. Man erzeuge einen zu großen Erwartungsdruck und viele Schüler seien verzweifelt, weil ihnen niemand zuhöre. Höre man Schülern zu, schütteten sie oft ihr Herz aus, was er immer wieder erlebe. Im Ruf nach Schulsozialarbeit spiegele sich also die Gesellschaft mit all ihren Vernachlässigungen wider.

Die CDU-Fraktion stimme wohlmeinend und grundsätzlich der Einführung von Schulsozialarbeit an den Gymnasien zu. Man meine aber, dass für einen Einstieg zunächst eine Stelle für beide Gymnasien ausreichend sei. Die aufgezählten Aufgaben zählten zum Teil auch zu den Aufgaben der Lehrer. Man habe die Vorstellung, dass zunächst vordergründig Einzelfallhilfe angeboten und dann ein Konzept entwickelt werde.

Er regt an, sich mit dem Thema Schulsozialarbeit schulübergreifend zu befassen und danach über Kontingente zu entscheiden. Man könne nicht eins zu eins unterschiedliche Schularten vergleichen.

Dem Antrag der Grünen stimme man nicht zu. Man halte es für besser, beide Alternativen fakultativ auszuschreiben, also eine ganze Stelle und alternativ 2 Halbtags-Stellen. Er halte eine Stelle

für besser, da dann auf unterschiedliche Bedarfe an den beiden Gymnasien leichter reagiert werden könnte.

StRin Drews gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass eine Stelle zur Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben nicht ausreichend sei. Die Schulleitungen und die Eltern hätten sich bislang extrem eingesetzt und viele Probleme im Vorfeld gelöst. Es gebe aber auch Aufgaben, die nicht von den Schulen geleistet werden könnten. Die SPD-Fraktion habe ursprünglich zweimal eine Stelle für erforderlich erachtet, folge aber dem Verwaltungsvorschlag mit dem Wunsch einer paritätischen Besetzung. Selbstverständlich müssten alle vorhandenen Stellen ihren Aufgaben Rechnung tragen.

Mit Jugend Aktiv habe man bisher gute Erfahrungen gemacht. Man sei gespannt auf den Bericht und danke den Vorlagenerstellern. Sie signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und bittet das Jugendparlament, seine Stellungnahme im Gremium vortragen zu lassen.

OB Fettback gibt zu verstehen, das JuPa habe Rederecht, müsse dieses aber nicht in Anspruch nehmen.

StR Heinkele stellt in den Vordergrund, dass man Schulsozialarbeit als Ergänzung verstehe, dass kein Dissens bestehe, Schulsozialarbeit an den Gymnasien anzubieten, dass aber unterschiedliche Meinungen zum erforderlichen Umfang bestünden. Er bittet, nicht immer von einer Drittelfinanzierung zu sprechen, da die Stadt fast 40 Prozent der Kosten trage. Ob man eine Person einstelle oder zwei Halbtagsstellen, würde er gerne Herrn König von Jugend Aktiv entsprechend der Bewerberlage überlassen, denn jede Lösung habe Vor- und Nachteile. Die gesamte Schulsozialarbeit auf eine neue Basis zu stellen erachte er als guten Vorschlag. Eventuell sei auch aufgrund von Veränderungen der Schülerströme in einigen Jahren ein Überdenken erforderlich.

StR Dr. Schmid meint, man müsse sich gesellschaftlichen Veränderungen anpassen, um modern und leistungsfähig zu bleiben. Der grundsätzliche Bedarf von Schulsozialarbeit sei unstrittig, nur der Umfang nicht. Seines Erachtens seien zwei 0,5 Stellen nicht ausreichend, da dann im Vordergrund die Einzelfallmaßnahmen stünden und kaum mehr Luft für präventive Vernetzungsarbeit bei über 2.000 Schüler bestehe. Auch er spricht sich dafür aus, die Besetzung je nach Bewerberlage zu entscheiden.

StR Funk spricht sich für eine enge Auslegung von Befangenheitsbeurteilungen aus.

Er verweist auf die sehr gute Vorberatung im Hauptausschuss und kündigt die Zustimmung der FDP-Fraktion an. Seit Jahren gebe man Geld für Bildung aus und habe gleichzeitig Stellenmehrungen im Blick gehabt. Die Drittelfinanzierung habe die Zustimmung leichter gemacht. Eine alternative Ausschreibung erscheine ihm nicht überzeugend, da dann die Entscheidung von Jugend Aktiv getroffen würde und nicht vom Gemeinderat.

StR Braig meint, wenn man zwei Halbtagsstellen paritätisch besetzen wolle, frage er sich, wie dies funktionieren solle. Er spricht von einem "arithmetischen Hammer".

StR Funk meint, wenn man Ziffer 1 des Beschlussantrags so interpretiere, dass auch zwei Halbtagsstellen ausgeschrieben werden könnten, stelle er einen **Änderungsantrag** und bitte um getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2.

Frau Andrea Braun vom Jugendparlament gibt zu verstehen, man halte eine Stelle für beide Schulen im Vergleich mit anderen Schulen nicht für ausreichend. Damit man in jeder Schule eine bestimmte Anlaufstelle habe, spreche man sich für den Verwaltungsvorschlag aus. Schulsozialarbeit sollte mehr Zeit für die Schüler haben und es dürfe auch keine Schule bevorzugt werden. Schulsozialarbeit solle sich auch Schulproblemen widmen. Bei zweimal 0,75-Stellen wäre eine innere Bindung der Schüler eher möglich als nur bei einer Stelle, weil diese Person sonst immer von Schule zu Schule pendeln müsste.

Dann tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Bei 3 Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Einführung der Schulsozialarbeit an Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium mit einem Stellenumfang von insgesamt 1,0 Stellen befristet auf 2 Jahre zum nächst möglichen Zeitpunkt wird zugestimmt. Es wird alternativ eine Ganztagsstelle und zwei Halbtagsstellen ausgeschrieben und Jugend Aktiv entscheidet anhand der Bewerberlage über die Besetzung.

Für das Jahr 2012 sind die Personalkosten überplanmäßig aus der Deckungsreserve bereit zu stellen

Bei 6 Enthaltungen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding) und restlichen Ja-Stimmen fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Nach einem Jahr sind eine inhaltliche Konzeption und ein Tätigkeitsbericht vorzulegen, die als Grundlage für weitere Personalbedarfsbemessungen gelten. Auf Grundlage dieses Berichts wird über den zukünftigen Personalbedarf neu beraten.

Wahrnehmung der Aufgaben der Schulsozialarbeit

Die Stadträte Abele, Kübler und Späh sind befangen und verlassen den Sitzungstisch.

StR Hagel erklärt sich namens der CDU-Fraktion damit einverstanden, dass Jugend Aktiv die Aufgabe übernehme. Jugend Aktiv sei bestens hierfür geeignet, da der Verein auch schon an anderen Schulen die Schulsozialarbeit erbringe und Austauschmöglichkeiten bestünden.

StR Funk kündigt die Ablehnung der FDP-Fraktion an. Seit Jahren überlege man, wie groß Jugend Aktiv sein dürfe und ob Jugend Aktiv richtig organisiert sei. Er vermisse ein Schreiben von EBM Wersch vom Dezember 2011 und finde es schade, dass man diese Frage in der Vorlage nicht thematisiert habe. Die FDP-Fraktion spreche sich dafür aus, die Schulsozialarbeit in einem städtischen Amt einzusiedeln. Die offene Jugendarbeit könne durch Jugend Aktiv erbracht werden.

Auch die mobile Jugendsozialarbeit gehöre in ein städtisches Amt, da es sich um Sicherheitsfragen handle und man dadurch auch klare Berichte zur Diskussion im Hauptausschuss bekäme.

StRin Drews bezeichnet es für die SPD-Fraktion als besonders wichtig, dass Jugend Aktiv als Verein organisiert und nicht bei der Stadt eingegliedert sei. Anonyme Beratungen seien besser als eine Verortung in der Verwaltung, weshalb man die Schulsozialarbeit bei Jugend Aktiv belassen solle.

Auch StR Dr. Schmid sieht für die Grünen keinen Veränderungsbedarf, da eine enge Verzahnung mit dem Gemeinderat gegeben und Jugend Aktiv dennoch unabhängig sei.

StR Braig meint hingegen, in anderen Städten gebe es ein Jugendamt, das man beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport eingliedern könnte. Er meint, diese Organisationsform könne nicht so falsch sein, da sonst Frau Alger beim Landratsamt fehl am Platz wäre.

OB Fettback hält entgegen, die Stadt habe kein Schul- und Sozialamt und werde dies auch nicht bekommen, da es sich um eine Delegationsaufgabe handle. Städte mit eigenem Jugend- und Sozialamt könnten ganz anders agieren, da Sie die entsprechende Organisation im Hause hätten. Dies sei in Biberach nicht der Fall. Man habe aber gute Erfahrungen mit Jugend Aktiv gemacht. Wollte man eine andere Lösung, müsste auch eigenes Personal aufgebaut werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Schulsozialarbeit an den unter Ziff. 1 des Beschlussantrags genannten Schulen wird der Verein Jugend Aktiv e. V. beauftragt. Die Verwaltung wird ermächtigt, Verhandlungen mit Jugend Aktiv e. V. aufzunehmen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Einführung der Schulsozialarbeit an Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium mit einem Stellenumfang von insgesamt 1,0 Stellen befristet auf 2 Jahre zum nächst möglichen Zeitpunkt wird zugestimmt. Es wird alternativ eine Ganztagsstelle und zwei Halbtagsstellen ausgeschrieben und Jugend Aktiv entscheidet sich anhand der Bewerberlage über die Besetzung. Für das Jahr 2012 sind die Personalkosten überplanmäßig aus der Deckungsreserve bereit zu stellen.**
- 2. Nach einem Jahr sind eine inhaltliche Konzeption und ein Tätigkeitsbericht vorzulegen, die als Grundlage für weitere Personalbedarfsbemessungen gelten. Auf Grundlage dieses Berichts wird über den zukünftigen Personalbedarf neu beraten.**
- 3. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Schulsozialarbeit an den unter Ziff. 1 genannten Schulen wird der Verein Jugend Aktiv e. V. beauftragt. Die Verwaltung wird ermächtigt, Verhandlungen mit Jugend Aktiv e. V. aufzunehmen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 21/2012 zur Information vor.

StR Wiest meint, der Bericht komme einer Schlussrechnung schon sehr nahe und die erfreuliche Entwicklung werde bestätigt. Man habe deutliche Ergebnisverbesserungen zu erwarten. Das Minus bei den Erstattungen sei nicht ganz verständlich und er bittet dies zu erläutern. Bei den Ausgaben verlaufe vieles planmäßig. Auffallend seien die Weniger-Ausgaben bei den Personalkosten. Gespannt sei man, ob die Eigenkapitalerhöhung für die Stadtwerke ausreichend sei. Man befürchte eher, dass ein höherer Bedarf bestehe. Insgesamt bezeichnet er die Entwicklung als erfreulich, man sehe aber keinen Grund, von der restriktiven Haushaltsplanung abzuweichen. Die Konjunkturdaten und Prognosen bei der Gewerbesteuer müssten Ausgangsbasis für einen soliden Haushalt sein und wenn es dann besser komme, sei dies eine gute Risikovorsorge.

StRin Kübler meint, bis auf wenige Widrigkeiten sei das Jahr gut gelaufen. Man sehe sich jedoch darin bestätigt, dass es richtig sei, die zurückhaltende Haushaltspolitik von EBM Wersch bei den Haushaltsdiskussionen etwas zu hinterfragen. Dabei verliere man den Blick für die Risiken nicht aus den Augen.

StR Zügel bemerkt, die Wirtschaftslage der Biberacher steuerzahlenden Firmen sei offensichtlich nach wie vor gut. Man dürfe dies aber nicht mit einer Kritik an der Prognose verbinden. Überdies müsse man gleichzeitig auch die Mehrausgaben sehen und dass beispielsweise die Entwicklung beim Kreiskrankenhaus nur schwer abschätzbar sei. Überdies sei man sich einig, Mehreinnahmen der Rücklagenstärkung zuzuführen.

Auch StR Späh meint, es sei kein Übermut angesagt, die Vorlage zeige jedoch, dass man überwiegend über Plan liegen werde. Insbesondere die Verdopplung der Zuführungsrate sei sehr gut. Schmerzend seien die geringeren Zuschüsse vom Land beim Räumlichen Bildungszentrum. Hier müsse man mit Prognosen vorsichtiger sein.

StR Funk interessiert sich für die Gesamtsumme ausgefallener Zuschüsse, die nach seiner Rechnung 5 Mio. Euro betrage. Angesichts der Auswirkungen auf Umlagen in den folgenden Jahren sei das zu erwartende Ergebnis kein Grund, Luftsprünge zu vollführen. Er dankt dem Kämmereiamt für den Bericht.

OB Fettback geht kurz auf die Entwicklung zum Kreiskrankenhaus ein und äußert die Hoffnung, man werde im Kreis nach vorne blicken und nicht Schuldzuweisungen versuchen, da es um den Landkreis, um alle gehe.

Frau Leonhardt beantwortet aufgeworfene Fragen und lässt wissen, die Pensionsrückstellungen werde man in Pensionsrücklagen umwandeln, da die Ausnahmegenehmigung auslaufe. Dies erfordere eine buchhalterische Veränderung.

Herr Morczinietz lässt wissen, das Sicherheitskonzept für alle Schulen stehe als Aufgabe an und werde angegangen, sobald man Zeit hierfür habe.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 4.1 Verschiedenes - Schützenfest und Jahrgängerumzug

StR Braig bringt vor, er sei von mehreren Bürgern darauf angesprochen worden, dass der Jahrgängerumzug anders geführt werden solle. Er fragt, ob es sich um ein Gerücht handle oder ob er diese Frage nichtöffentlich stellen solle.

OB Fettback erwidert, es existierten Ideen der Schützendirektion. Man werde hierzu nichtöffentlich informieren.

TOP 4.2 Verschiedenes - Grüngutannahmestelle Zell

StR Braig fragt, ob die Grüngutannahmestelle Zell dem Kreis unterstehe, was BM Kuhlmann bejaht.

TOP 4.3 Verschiedenes - Zufahrt Gaststätte Serafino

StR Braig bringt vor, bei der Baustelle zum Räumlichen Bildungszentrum herrschten teilweise unhaltbare Zustände. Es sei vereinbart gewesen, dass die Gaststätte Serafino wenigstens in den Mittagsstunden anfahrbar bleibe. Dabei würde es sich um zwei Stunden handeln. Dies sei jedoch nicht der Fall. Er glaube, man müsse die Bauleitung mehr kontrollieren und das Tiefbauamt müsse die Baufirma entsprechend prüfen.

BM Kuhlmann sagt zu, sich kundig zu machen.

TOP 4.4 Verschiedenes - Bürgerfragestunde und Schützendirektion

StR Kolesch bringt vor, er habe es schade gefunden, dass von einem Fragesteller in der Bürgerfragestunde alles vermischt worden sei. Er stellt klar, dass der Gemeinderat nicht Bescheid wisse und auch nicht gefragt worden sei. Dies sei so in Ordnung, aber dann dürfe man keine Kollektivschuld aussprechen.

TOP 4.5 Verschiedenes - Entwicklung Kreiskrankenhaus

StR Kolesch bringt vor, er habe mit Verwunderung und Sorge den Artikel in der Schwäbischen Zeitung zum Kreiskrankenhaus gelesen, in dem über die finanzielle Situation berichtet worden sei. Danach werde 2011 ein Defizit von fast 10 Mio. Euro entstehen, das ursprünglich erst für das Ende des Investitionszeitraums mit drei neuen Kliniken prognostiziert worden sei und nun schon ohne Investition vorliege. Dies schlage über die Kreisumlage voll auf die Stadt durch. Geschäftsführer Miller müsse zeitnah schriftlich oder in einer Sitzung informieren, wie sich die Entwicklung tatsächlich darstelle. Er frage sich nach der Analyse der zugänglichen Daten, wie im Kreiskrankenhaus gewirtschaftet worden sei. Die Personalkosten seien in den letzten drei Jahren um 18 Prozent gestiegen und zwar deutlich mehr als die Tarifsteigerung. Gleichzeitig seien die Erlöse gesunken. Bei anderen Kliniken, beispielsweise Sigmaringen mit drei Standorten, seien die Personalkosten zwar auch gestiegen, gleichzeitig aber auch die Erlöse und dadurch steigende Ausgaben kompensiert worden. Die Entwicklung in Biberach scheine daher nicht Gott gegeben zu sein. Wenn man so etwas künftig vermeiden wolle, müsse man Ursachenforschung betreiben. Er frage sich, wie angesichts der aktuellen Zahlen Verhandlungen auf Augenhöhe mit einem Investor geführt werden sollten, wenn man einen Sanierungsfall mit Investitionsstau habe. Er äußert die Sorge, dass auch das Ein-Standort-Modell nur dann funktionieren könne, wenn man etwas Gutes anbiete, da sonst die Bürger mit den Füßen abstimmen würden. Er vermute anhand der Zahlen, dass die Rücklagen aufgebraucht seien und dass die Entwicklung ab dem folgenden Jahr voll auf die Kreisumlage durchschlage.

OB Fettback meint, es sei nicht definitiv, ob dies ein Thema des Gemeinderats sei. Er appelliert, den Blick nach vorne zu richten. Die Situation sei sehr angespannt und zu befürchten, dass sich der ländliche Raum gegen die Ein-Standort-Lösung wende. Er empfiehlt, die Entscheidung im Kreistag abzuwarten.

TOP 4.6 Verschiedenes - Zeitpunkt der Einbindung des Jugendparlaments

StR Dr. Schmid wirft die Frage auf, ob es nicht sinnvoll wäre, das Jugendparlament früher einzubinden, dass seine Stellungnahme beispielsweise schon zur Vorberatung vorliege.

OB Fettback bestätigt, dass dies sinnvoll wäre, dies lasse sich aber zeitlich nicht immer realisieren.

Anschließend wird die Sitzung von 20:35 bis 20:55 Uhr zur Vesperpause unterbrochen. Danach schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Gemeinderat, 26.03.2012, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann